

Krise, Linkspopulismus und Antipopulismus in Griechenland. SYRIZA von der Opposition zur Macht und zurück*

1. Einleitung

Egalitäre Bewegungen und Parteien im heutigen Europa wie SYRIZA, PODEMOS und France Insoumise haben die reifizierte Gleichsetzung von Populismus und Rechtsextremismus im europäischen Kontext radikal in Frage gestellt. Sie haben außerdem die herkömmliche Weisheit in Zweifel gezogen, nach der der Populismus eine bloß oppositionelle Strategie ohne realistische Regierungsansprüche darstellt. In der Tat hat SYRIZA als erste der genannten linkspopulistischen Parteien die Macht übernommen und für einen längeren Zeitraum auch halten können. In diesem Aufsatz wird der griechische Fall herangezogen, um zuerst die theoretischen Grundannahmen, methodologischen Ausrichtungen, konzeptuellen Innovationen und analytischen Erkenntnisse des diskurstheoretischen Populismusansatzes der Essex School zu veranschaulichen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei (1) der Architektur des SYRIZA-Diskurses, (2) der Rolle von Krise sowie (3) den komplexen und antagonistischen Sprachspielen, die in einer Krisensituation um die Anerkennung und Idealisierung oder auch die Ablehnung und Verteufelung des „Volkes“ bzw. des „Populismus“ entstehen können. Dementsprechend wird untersucht, (1) ob im SYRIZA-Diskurs „das Volk“ tatsächlich als primärer Knotenpunkt innerhalb einer antagonistischen Darstellung des politischen Raums fungierte; (2) inwiefern die Krise einerseits als systemische Dislokation den populistischen Diskurs auslöste und andererseits als performative Konstruktion durch diesen erst hervorgebracht wurde; und (3) ob sich solche Konstruktionen innerhalb einer polarisierten, durch die *gegenseitige* Grenzziehung zwischen populistischen und antipopulistischen Diskursen gekennzeichneten politischen Kultur abspielten. Die vorliegende Analyse umfasst in erster Linie die Oppositions- sowie einige Aspekte der Regierungsarbeit SYRIZAs und geht zum Schluss auf einen kurzen Vergleich mit anderen linkspopulistischen Pro-

* Teile dieses Aufsatzes bauen auf verschiedenen Vorarbeiten des Autors auf, insbesondere auf den folgenden Aufsätzen: *Stavrakakis*, Yannis, 2016: Syrizas Populismus in der Opposition und in der Regierung: Versuch, eine Essex School Perspektive zu überprüfen und weiterzuentwickeln. In: *kultuRRevolution – zeitschrift für angewandte diskurstheorie*, 72, S. 11–21; *Stavrakakis*, Yannis et al., 2018: Populism, Anti-populism and Crisis. In: *Contemporary Political Theory* 17:1, S. 4–27; *Stavrakakis*, Yannis, 2020: The (Discursive) Limits of Populism. In: *Journal of Language and Politics* [im Erscheinen].

jekten ein, um zu einigen Schlussfolgerungen über die globalen Versprechen sowie Limitationen des (Links-)Populismus an der Macht zu gelangen.

2. Was ist Populismus? Gegen den Eurozentrismus

Zweifelsohne bezieht sich das Wort „Populismus“ im heutigen Europa sowohl in der wissenschaftlichen Sphäre als auch in der Öffentlichkeit üblicherweise auf den Rechtsextremismus. Mit diesem Phänomen kann und muss sich insbesondere mit Blick auf dessen paneuropäischen Manifestierungen auseinandergesetzt werden; hierzu haben zahlreiche sozialwissenschaftliche Forschungen aus unterschiedlichen Perspektiven wichtige Beiträge geliefert (Betz 1994; Mudde 2007; Wodak 2015). Die Frage ist allerdings, wie damit konzeptuell sowie politisch umzugehen ist: Bildet die Kategorie des „Populismus“ hierfür die sinnvollste Lösung? Wenn wir es aktuell mit dem europaweiten Aufstieg einer nationalistischen, xenophoben, exkludierenden und oft auch gewalttätigen Rechten zu tun haben (wie diverse Beispiele aus Frankreich, Griechenland, Österreich, Ungarn und auch Deutschland zeigen), bietet dann die Kategorie des „Populismus“ das beste konzeptuelle Instrument zur Wahrnehmung, Einordnung und Rezeption dieses Problems?

Populismusansätze, die im Rahmen bzw. unter dem Einfluss einer diskurstheoretischen Forschungsperspektive diese Reduktion auf den Rechtsextremismus vermeiden, haben eine Reihe operationaler Kriterien zur Unterscheidung zwischen populistischen und nicht-populistischen Diskurspraktiken beigesteuert und dabei auch die gegensätzlichen ideologischen Artikulationsmöglichkeiten des Populismus – sowohl von links als auch von rechts – hervorgehoben. Im Vordergrund stehen insbesondere die Fragen, ob eine beliebige Diskurspraxis (a) um den Knotenpunkt „Volk“ oder andere (nicht-populistische oder gar antipopulistische) Knotenpunkte artikuliert wird und (b) inwiefern sie in antagonistischer Manier die Gesellschaft in zwei Hauptblöcke teilt: das Establishment bzw. den Machtblock gegen das Außenseitersubjekt „Volk“ (im Gegensatz zu hegemonialen politischen Diskursen, die die bruchlose Kontinuität und Homogenität des Sozialgefüges behaupten und nicht-antagonistische, etwa technokratische, Lösungen präferieren). Aus dieser Perspektive bezeichnet der Populismus weder spezifische ideologische Inhalte noch ein bestimmtes Organisationsmuster, sondern eine diskursive Logik, einen Modus zur Darstellung und damit auch zur Mitkonstituierung des gesellschaftlichen und politischen Raums.

Zum performativen Prozess, in dem ein populistischer Diskurs artikuliert wird, gehört typischerweise die Verlinkung verschiedener, zunächst heterogener und unerfüllter Forderungen und unterschiedlicher Formen kollektiver Subjektivität, die in Äquivalenzbeziehungen zueinander treten und damit eine kollektive Identität um „das Volk“ sowie die die Vertretungsrolle hierfür übernehmende Führung bilden.

Diese *äquivalenzlogische* Verbindung, die die Heterogenität sublimiert, kommt durch die Abgrenzung zu einem gemeinsamen Gegner (etwa dem Establishment) zustande, der für das Blockieren der Forderungen verantwortlich gemacht wird. Eine hegemoniale Wirkung kann das daraus resultierende populistische Diskurschema letztlich durch Prozesse der dauerhaften Anrufung (Artikulation und Verbreitung auf der Angebotsseite) sowie Identifikation (argumentative Akzeptanz und affektive Investition auf der Nachfrageseite) entfalten.

Unter Rückgriff auf solche relativ formalen Kriterien bietet eine diskurstheoretische Forschungsperspektive die Möglichkeit, rigorose Typologien populistischer Bewegungen, Identitäten und Diskurse herauszuarbeiten. Damit kann der artikulatorische Charakter populistischer Diskurse sowie die Flexibilität populistisch-ideologischer Artikulationen, wie Diskurstheoretiker_innen hervorheben, das Paradox der widersprüchlichen Ausprägungen populistischer Ideologien erklären, von sozialistisch-populistischen Hybridformen im heutigen Lateinamerika und den USA (Sanders) über populistische Basisbewegungen in vergleichsweise jüngerer Zeit in der europäischen Peripherie (Griechenland, Spanien) und den USA (Occupy Wall Street) bis hin zum paradoxen elitären Populismus, der rechte Bewegungen in Europa und den USA (Trump) kennzeichnet.

Eine solche flexible, aber auch stringente Konzeptualisierung des Populismus kann auch zur Klärung eines andauernden Streitpunkts in der Forschung beitragen: nämlich des ambivalenten Verhältnisses zwischen Populismus und Demokratie. Einerseits muss ernsthaft berücksichtigt werden, wie manche populistischen Bewegungen bei der Artikulation ihrer Repräsentationsansprüche gegenüber „dem Volk“ auf charismatische Führungsfiguren setzen, sich von Ressentiments treiben lassen, den institutionellen Rahmen der repräsentativen Demokratie weitgehend umgehen und/oder in vielen Fällen ein illiberales, grundrechtsfeindliches und nationalistisches Potenzial aufweisen (Taggart 2000). Allerdings erschöpft ein solches Bild auch nicht die enorme Variabilität populistischer Artikulationen. In der Tat können andere Formen des Populismus als integraler Bestandteil demokratischer Politik und als Kraft zur Erneuerung demokratischer Institutionen betrachtet werden (Canovan 1999), indem sie etwa ausgegrenzte Gruppen vertreten, für egalitäre Politiken eintreten und damit auch einen formell populistischen Kern mit der radikaldemokratischen Tradition verbinden. Je mehr sich westliche Demokratien entpolitisierten Formen des Regierens zuwenden, die Colin Crouch (2004), Jacques Rancière (2007) und Chantal Mouffe (2000) als Post-Demokratie bezeichnen (vgl. Stavrakakis 2007), desto mehr erweist sich der Populismus aus der genannten Perspektive als geeignetes Instrument einer dringend notwendigen Repolitisierung (Laclau 2005a). Umso wahrscheinlicher wird damit auch, dass populistische Kräfte, darunter auch linkspopulistische, die Regierungsverantwortung übernehmen, wie es in Griechenland seinerzeit der Fall war.

3. Zur Krise: Auslöser oder performative Konstruktion?

3.1 Eine Konzeptualisierung von Krise als auslösendem Mechanismus und als performativer Konstruktion

Innerhalb der Populismusforschung ist es ein Allgemeinplatz, dass es einen Zusammenhang zwischen Krisensituationen und dem Aufkommen populistischer Diskurse und Bewegungen gibt. Hierzu gibt es in der Literatur reichlich Diskussionen (als Ausgangspunkt vgl. Taggart 2000, S. 2, 4f., 93f., 117). Die orthodoxeste Herangehensweise, die in den letzten Jahren von Kenneth Roberts (2015) prägnant formuliert worden ist, hebt die verschiedenen Möglichkeiten hervor, wie eine Krisensituation die populistische Mobilisierung auslösen kann. Dabei ist nicht von irgendeiner Krise, sondern von einer Repräsentationskrise die Rede, wie Roberts (2015, S. 141) anmerkt:

populism thus emerges as a probable – though hardly an inevitable or exclusive – political strategy for appealing to mass constituencies where representative institutions are weak or discredited, and where various forms of social exclusions or political marginalization leave citizens alienated from such institutions.

So gesehen geht die Krise der populistischen Mobilisierung eindeutig voraus und bedingt diese. Anders gesagt: Der Populismus kann erst dann seine Wirkung entfalten, wenn ein Systemversagen zur Kurzschließung der demokratischen Repräsentation gesellschaftlicher Interessen, Werte und Forderungen durch etablierte Parteien und weitere intermediäre Organisationen führt (Roberts 2015, S. 147).

Dieses politikzentrierte Repräsentationsverständnis ist jüngst von Benjamin Moffitt (2015) als unzureichend erwiesen worden. Dabei erkennt Moffitt die Wichtigkeit der Literatur an, die Populismus und Krise miteinander in Verbindung bringt, identifiziert aber auch einige gravierende Mängel. Aus seiner Sicht ist es insbesondere problematisch, Populismus und Krise in ein *externes* Verhältnis zueinander zu setzen: Wird Krise nämlich als externer Auslösemechanismus bzw. notwendige Vorbedingung betrachtet, können die internen Verbindungen zwischen Populismus und Krise auf performativer Ebene nicht adäquat reflektiert und registriert werden. Daher besteht Moffitt darauf, Krise als essenzielles Eigenmerkmal des Populismus selbst zu betrachten. Indem er die angebliche Externalität zwischen den beiden hinterfragt (Moffitt 2015: 211), betont er nämlich die performative Konstruktion von Krise durch den populistischen Diskurs: „if we do not have the performance of crisis, we do not have populism“ (Moffitt 2015: 190). Hierbei wird die Repräsentation primär in Bezug auf symbolische Artikulation und Performanz aufgefasst.

Kurzum: Moffitt macht auf zwei wichtige Problemlagen aufmerksam. Erstens wird Krise niemals als etwas erlebt, was einfach so gegeben ist und einem simplen kausalen Verhältnis entspricht. Zweitens ist uns Krise niemals in „objektiver“ und

„neutraler“ Weise zugänglich. Das Reale der Krise kann nur (partiell) durch irgendeine Form von Vermittlung zugänglich werden, etwa durch die performative Konstruktion in einem populistischen Diskurs. An dieser Stelle bezieht sich Moffitt (2015, S. 195) direkt auf die Lacansche Unterscheidung zwischen dem Realen und dem Symbolischen:

To more widely invoke Slavoj Žižek's (1999) reading of Lacan – there may very well be a Real in which crisis operates, but we cannot access it because our language remains at the level of the Symbolic. As such, crisis is very much what we make of it.

Dies hat letztlich zur Folge, dass „populist actors actively perform and perpetuate a sense of crisis, rather than simply reacting to external crisis“. Schließlich folgert Moffitt (2015, S. 198; vgl. auch Moffitt 2016, S. 113ff.), dass Krisen niemals „neutrale“ Phänomene darstellen, sondern komplexe Vermittlungen mit sich bringen, die durch politische Akteure „perfornt“ werden:

[P]opulist actors actively participate in the „spectacularization of failure“ that underlies crisis, allowing them to pit „the people“ against a dangerous other, radically simplify the terms and terrain of political debate and advocate strong leadership and quick political action to stave off or solve the impending crisis.

3.2 Eine neue Choreographie: Dislokation, radikaler Konstruktivismus und Performativität

Moffitts Systematisierung der Debatte ist hilfreich und aktuell. Auffällig in diesem Zusammenhang ist allerdings, dass Moffitt (zumindest in seinem Frühwerk) Ernesto Laclaus Beitrag zur Debatte auf der Seite der „externen“ und „objektiven“ Krisentheoretiker verortet (Moffitt 2016, S. 115). Was dabei ignoriert wird, ist zunächst Laclaus sozialkonstruktivistische Sicht auf Diskurs insgesamt, die über jegliche objektivistische Logik hinausgeht. Zweitens und vor allem ist zu betonen, dass Laclau bereits 1990 im Anschluss an eine Debatte mit Žižek zum Lacanschen Realen – das von Moffitt als eigene Inspirationsquelle zitiert wird – den Begriff der „Dislokation“ als (inhärenter) Grenze der (sozial konstruierten) Objektivität bzw. Moment des Scheiterns einführt. Jener durchbricht die etablierte Realität und eröffnet ein antagonistisches Spiel zwischen konkurrierenden diskursiven Artikulationen, die um die Errichtung einer neuen Hegemonie ringen (Laclau 1990). Damit akzeptiert Laclau (2003, 2004) ebenso wie Moffitt (und Lacan und Žižek ebenfalls) die irreduzible Distanz zwischen dem Realen (Objektivität) und dem Symbolischen (soziale Konstruktion). Allerdings registriert und konzeptualisiert er im Gegensatz zu Moffitt die kontinuierlichen Interaktionen zwischen beiden Dimensionen. Es handelt sich hierbei um eine wichtige Perspektive, die jüngst auch von der Cultural Political Econ-

omy aufgegriffen worden ist: „crises offer a real-time laboratory to study the dialectic of semiosis and materiality“ (Sum/Jessop 2013, S. 379; vgl. auch Jessop 2015).

Laclaus Begriff der Dislokation bildet den konzeptuellen Kern seiner Argumentation in *New Reflections* (Laclau 1990, S. 39ff.) und wohl auch seine wichtigste konzeptuelle Innovation der 1990er Jahre (Stavrakakis 2007, S. 73f.). Hier wird Dislokation zunächst als Moment des Scheiterns und Subvertierens eines Repräsentationssystems aufgefasst. Obwohl Dislokationen eine radikale Negativität verkörpern – als Begegnungen mit dem Realen haben sie keinen positiven Inhalt (symbolischen Sinn) in sich (Lacan) – und sich nicht von einer deterministischen Geschichtsphilosophie vorhersagen lassen (Gramsci), weisen sie dennoch einige wichtige Konsequenzen für unsere sozio-symbolische Realität auf. Das liegt daran, dass sie neben ihrem negativen Charakter eine positive, produktive Dimension eröffnen. Wenn Dislokationen nach Laclau etablierte Identitäten einerseits bedrohen, bringen sie andererseits auch einen Mangel an Sinn hervor, der die Grundlage für die Herausbildung neuer Identitäten bildet (Laclau 1990, S. 39). Anders gesagt: Wenn Dislokationen bestehende Identifikationen und Diskurse destabilisieren, lösen sie im selben Zuge neue Konstruktionen aus, die die dislozierte Struktur erneut zuzunähen versuchen, indem sie etwa über „Krise“ in mythischer Manier erzählen und damit bestimmte Lösungen gegenüber anderen im Kampf um Hegemonie legitimieren (Laclau 1990, S. 63, 65).

Damit schaffen es Laclaus Überlegungen zum dualen Charakter von Dislokationen die beiden geschilderten Ansätze zu verbinden: Eine Dislokation als Versagen eines sedimentierten Repräsentationssystems (sowohl im traditionell politikwissenschaftlichen Sinne wie bei Roberts als auch im eher konstruktivistischen wie bei Moffitt) wird als Auslösemechanismus für neue populistische (und sonstige) diskursive Konstruktionen vorausgesetzt, die jeweils eigene Erzählungen und Lösungen anbieten.

Solche Konstruktionen sind radikal, weil sie retroaktiv wirken. In *On Populist Reason* legt Laclau seiner Populismustheorie eine radikal-retroaktive Ontologie zugrunde: „the construction of the ‚people‘ is a *radical* one – one which constitutes social agents as such, and does not express a previously given unity of the group“ (Laclau 2005a, S. 118; Herv. i.O.). Das „Volk“ als leerer Signifikant wird grundsätzlich erst retroaktiv konstruiert und damit zum Eigennamen, der das erst (partiell) hervorbringt, was er zum Ausdruck bringen soll (nämlich eine souveräne kollektive Identität). Dabei schreibt Laclau der „Performativität“ bzw. der Dimension der „Performanz“ eine Schlüsselrolle zu. Der populistische Diskurs „tries to operate performatively within a social reality which is to a large extent heterogeneous and fluctuating. I see this moment of vagueness and imprecision – which, it should be clear, does not have any pejorative connotation for me – as an essential component of any populist operation“ (Laclau 2005a, S. 118). Bereits ab 2005 legte Laclau somit die

Grundsteine einer performativen Populismustheorie, die vom „Modell Moffitt“ nicht weit entfernt ist. Demnach wird Systemversagen konstruiert und performativ als Krise erzählt, die wiederum auf die Handlungen einer „Oligarchie“ zurückgeführt wird, was die radikale Konstruktion eines „Volkes“ erst auslöst:

If I refer to a set of social grievances, to widespread injustice, and attribute its source to the „oligarchy“, for instance, I am performing two interlinked operations: on the one hand, I am constituting the „people“ by finding the common identity of a set of social claims in their opposition to the oligarchy; on the other, the enemy ceases to be purely circumstantial and acquires more global dimensions. [...] [W]e are dealing not with a conceptual operation of finding an abstract common feature underlying all social grievances, but with a performative operation constituting the chain as such. (Laclau 2005a, S. 97)

3.2 Das antagonistische Szenario: Populismus gegen Anti-Populismus

Aus dieser Diskussion folgt eine weitere wichtige Erkenntnis. Es gibt niemals nur eine politische Kraft, die sich auf das geschilderte Hegemoniespiel einlässt und in einem soziopolitischen Vakuum die Krise solipsistisch inszeniert. Und dies ist nicht nur eine empirische Beobachtung, sondern folgt aus der irreduziblen Distanz zwischen realem Versagen und performativ konstruierter Krise, das bereits hervorgehoben wurde. Diese Distanz kann in vielfältiger Manier überbrückt werden und damit zur Herausbildung gegensätzlicher politischer Projekte führen: „verschiedene politische Kräfte [können] in ihren Anstrengungen wetteifern, ihre partikularen Ziele als solche zu präsentieren, die das Füllen des Mangels realisieren können“ (Laclau 2002[1996], S. 76). Darum dreht sich nämlich Hegemonie, was auch von der Cultural Political Economy betont wird:

a crisis is a moment for contestation and struggle to construe it and inform individual and collective responses. This involves, among other issues, [...] identifying rightly or wrongly purported causes (agential, structural, discursive and technical). (Sum/Jessop 2013, S. 398)

Die meisten Analysen des Populismus – auch die von Moffitt – schaffen es letztlich nicht, dieses breitere hegemoniale Umfeld zu berücksichtigen, in dem sich populistische Akteure bewegen müssen. Letztere sind natürlich nie allein, wenn sie Versagen identifizieren, Krisen konstruieren und im selben Zuge Schuldzuweisungen und Lösungsvorschläge hervorbringen. Wenn sie auf das kontinuierliche Erzählen von „Krise“ setzen, muss diese Strategie im Kontext eines Antagonismus zwischen Populismus und Anti-Populismus verstanden werden, der aus der populistischen Einrahmung der Krise folgen kann, sich aber auf diese nicht reduzieren lässt. Hier sind Populist_innen nämlich nicht die einzigen, die auf Schuldzuweisungen, einfache Lö-

sungen und moralische Verurteilung setzen. Wie kann die Populismusforschung die Tatsache abstreiten, dass „crisis does not come pre-interpreted but is often profoundly disorienting, creating space for alternative, often contested, construals and crisis responses, with different subjects likely to adopt different stances“ (Sum/Jessop 2013, S. 396).

In der Tat wird die Bezeichnung „populistisch“ – mit all ihren historisch sedimentierten negativen Konnotationen von Verantwortungslosigkeit, Demagogie und/oder antidemokratischen Tendenzen – sehr oft von Mainstream-Parteien und -Medien eingesetzt, um oppositionelle politische Kräfte und Diskurse unabhängig von der ideologischen Einrichtung zu brandmarken und deren hegemoniales Potenzial zu untergraben. Wenn tiefes Systemversagen und Dislokationen eine hegemoniale Ordnung destabilisieren, das Dealignment eines Parteiensystems begünstigen und Krisenkonstruktionen auslösen, die die reibungslose Reproduktion der Ordnung gefährden, treten etablierte Parteien mit ganz eigenen Krisenkonstruktionen auf, die die eigene Verantwortung leugnen und sehr oft den Populismus als Hauptursache auswählen (Anti-Populismus). Zweifelsohne gilt: „[s]uccessfully to blame one set of factors and/or actors deflects blame from oneself and sets the stage for efforts to resolve matters“ (Sum/Jessop 2013, S. 399). Was außerdem bei solchen Schuldzuweisungen auf dem Spiel steht, ist der genaue Charakter der Krise selbst, ob jene nämlich als „Krise in“ oder „Krise von“ bestimmt wird:

Crises „of“ a system are less common. They occur when there is a crisis of crisis management (i.e., normal responses no longer work) and efforts to defer or displace crises encounter growing resistance. Such crises are more disorienting than crises „in“, indicating the breakdown of previous regularities and an inability to „go on in the old way“. (Sum/Jessop 2013, S. 398; vgl. auch Jessop 2015, S. 248)

Populistische Kräfte stellen die Krise tendenziell als interne „Krise von“ einem zuvor hegemonialen *Status quo* (sowie dessen eingebauten Krisenmanagement-Apparat) dar, die wiederum eine systemische Erneuerung durch Akteure außerhalb des krisengeschüttelten Systems (sprich die populistischen Kräfte selbst) notwendig mache. Etablierte Kräfte hingegen können die Krise nur als „Krise im“ System repräsentieren und die aufgetretenen Schwierigkeiten auf primär „externe“ Faktoren zurückführen, sogar auch dann, wenn diese nachweislich in die interne Funktionsweise des Systems eingedrungen sind – etwa in Form der ausgemachten populistischen Bedrohung selbst.

Gewinnbringend für eine stringente Theoretisierung des Populismus ist demgemäß, den Antagonismus zwischen populistischem und anti-populistischem Diskurs in den Vordergrund zu stellen und zu untersuchen, wie dieser die Identität beider aufkommender Lager prägt. Die Berücksichtigung der gegenseitigen Konstituierung von Populismus und Anti-Populismus muss schließlich als wichtiger Bestandteil einer formellen (konstruktivistischen und performativen), diskursorientierten Per-

spektive auf Populismus und Krise betrachtet werden. Der Populismus ist ohne den Anti-Populismus nicht zu denken; ohne eine sorgfältige Analyse des letzteren ist es unmöglich, den ersteren effektiv zu untersuchen.

4. Zum Populismus SYRIZAs: Diskursive Architektur und Entstehungsbedingungen

Nun können wir erkunden, ob eine solche Theoretisierung des Populismus uns dabei hilft, das populistisch anmutende Profil SYRIZAs und deren politischen Operationen im krisengeschüttelten Kontext Griechenlands besser einzuordnen (Stavrakakis/Katsambekis 2014; Stavrakakis 2016). Mit Blick auf das Phänomen des Linkspopulismus im heutigen Europa bildet Griechenland aus mehreren Gründen ein wichtiges Fallbeispiel. Da es sich hierbei um das erste Land Südeuropas handelt, das auf Anhieb und mit unvorstellbarer ökonomischer und symbolischer Gewalt das Aufzwingen drakonischer Austeritätsmaßnahmen erlebte, lag es zunächst nahe, dass Griechenland eine komplexe (und manchmal auch widersprüchliche) Protestkonjunktur sowie deren allmähliche Kanalisierung über unterschiedliche populäre bzw. populistische Wege erfahren würde. Zweitens wurde die Situation dadurch verschärft, dass ein Teil der einheimischen „Modernisierungs“-Elite die Krise als Chance betrachtete, um das ökonomische, politische und kulturelle Leben radikal in eine ganz bestimmte Richtung umzulenken, die als postdemokratisch und ohne wirklichen Platz für ein „Volk“ zu betrachten ist. Angesichts der populistischen politischen Kultur, die Griechenland seit der Restaurierung der Demokratie ab 1974 dominierte, bot sich die Möglichkeit an, dem „korrupten Charakter“ des Populismus die Schuld an der Krise zuzuweisen und im selben Zuge technokratische, postdemokratische Lösungen zu legitimieren, die jeglichem Protest von unten zuvorkommen sollten.

Aus all den genannten Gründen tritt die Konfrontation zwischen Populismus und Anti-Populismus als zentrale diskursive Konfliktlinie in der griechischen Öffentlichkeit in Erscheinung (Pappas 2015; Stavrakakis 2016). Einerseits wurden wie erwartbar die Forderungen jener sozialen Schichten sowie Bürger_innen, die eine gewaltsame soziale Abstufung erfuhren, allmählich im Rahmen eines Diskurses artikuliert, der „das Volk“ gegen einheimische und europäische politische und ökonomische Eliten setzte. Andererseits und nicht weniger erwartungsgemäß versuchten die Eliten, die dazu unfähig und unwillig waren, die volksbezogenen Forderungen zu registrieren und aufzunehmen, diese zu verdrängen und auf die Bedrohungserscheinung des „Populismus“ zu reduzieren, dem sie wiederum die Schuld an jeglichem Unglück und auch an eigenen institutionellen Versagen geben konnten. „Populismus“ wurde damit zu einem leeren Signifikanten *par excellence* und einem Gefäß, das einen Überschuss an heterogenen Bedeutungen unterbringen kann und als Synek-

doche für ein allgegenwärtiges Übel fungiert: Unverantwortlichkeit, Demagogie, Unmoral, Korruption, Zerstörung, Irrationalität.

4.1 Die aufkommende Polarisierung innerhalb der Krisenlage

Nach drei Jahren härtester Austerität und massiver Haushaltskürzungen stand Griechenland, das 2001 der Eurozone beitrug und 2004 unter großem internationalem Beifall die Olympiade veranstaltet hatte, eindeutig vor einer der schwierigsten Situationen seiner jüngsten Geschichte. Im Kontext der globalen Wirtschaftskrise wurden über Nacht sein Schuldenstand und sein Defizit für nicht tragfähig erklärt, woraufhin die EU, die EZB und der IWF rücksichtslose Austeritätsmaßnahmen als Gegenleistung für ein „Rettungspaket“ forderten. Die danach durchgesetzte Politik führte zu einer wirtschaftlichen und sozialen Situation, die nur mit dem Crash von 1929 in den USA verglichen werden kann: Das BIP schrumpfte von 2008 bis 2012 um 20% und die Arbeitslosigkeit stieg auf 27%, die Jugendarbeitslosigkeit auf 60%. Es war schlechthin unmöglich, dass die daraus entstehende Frustration, Wut und Verzweiflung keine Folgen für die Identifikation mit den Parteien und den politischen Prozess haben würde. Die davon betroffenen Parteien waren von der Troika mit der Durchsetzung der Austeritätspolitik sowie strikter Steuerdisziplin, radikaler Haushaltskürzungen, massiver Privatisierungen und sogenannter Strukturereformen neoliberalen Typs beauftragt worden: Zuerst Georgios Papandreuos Mitte-Links-Partei PASOK und danach alle Parteien, die die Regierung des Technokraten Lukas Papademos trugen, also PASOK, die rechte *Nea Demokratia* (ND) und LAOS. Alle drei erlitten infolgedessen einen Kollaps ihrer Wählerbasis im Mai 2012, wobei die rechtspopulistische LAOS aus dem Parlament ausschied, die ND fast die Hälfte ihrer Wählerschaft verlor und die PASOK noch härter abgestraft wurde (von 43,92% auf 13,18% der Stimmen).

Vor diesem Hintergrund gelang es SYRIZA, der radikalen griechischen Linken unter der Führung ihres jungen Spitzenkandidaten Alexis Tsipras, einen erheblichen Teil der Wählerschaft anzusprechen und zu mobilisieren (vgl. Agridopoulos 2016). Zuerst erhielt die SYRIZA-Koalition im Mai 2012 16,78%, was eine Verdreifachung ihres Stimmenanteils seit 2009 bedeutete. Dieser Anteil wuchs sogar noch weiter bei den Wahlen vom Juni 2012, als SYRIZA mit 26,89% eine anhaltende Aufwärtsdynamik bewies.

Dabei gilt es zu beachten, dass diese Dynamik der radikalen Linken nicht selbstgeschaffen war, sondern durchaus von den bereits anwachsenden massiven Volksbewegungen gegen die Austerität (von landesweiten Streiks und Massendemonstrationen bis hin zu Solidaritätsaktionen) ausgelöst wurde. Dazu gehörten die sogenannten „Aganaktismenoi“ (dt. Empörten, Entrüsteten), die von den namensgleichen „Indi-

gnados“ in Spanien inspiriert waren. Tatsächlich war SYRIZA wohl die einzige Partei, die auf die Forderungen der Protestierenden einging und sich mit ihnen auf den Straßen solidarisierte. An diesem Ort begann sich eine Äquivalenzkette zwischen verschiedenen Gruppen und Forderungen in der gemeinsamen Opposition gegenüber den europäischen und griechischen politischen Strukturen herauszubilden, woraus später SYRIZAs Anrufung entstand, „das Volk“ gegen „die da“ zu repräsentieren.

SYRIZAs Programm, das die meisten Forderungen der Volksbewegungen aufnahm, beruhte auf einem alternativen Bündel von politischen Initiativen, die einen Bruch mit dem sogenannten „Memorandum“ (Kreditabkommen zwischen Griechenland und seinen Notstandsgläubigern vom April 2010) und der Austeritätspolitik forderten und diese wegen ihrer krisenverschärfenden sozialen Folgen kritisierten. Auf der Basis eines Krisennarrativs, das starke Behauptungen von Schuldzuschreibung umfasste, rief SYRIZA zur Bildung einer breiten Koalition auf, die zu einer linken Regierung führen sollte, die stark genug wäre, um die „Memoranden“ zu annullieren und dennoch den Platz des Landes in der Eurozone zu behaupten (jedoch „nicht zu jedem beliebigen sozialen Preis“), die Besteuerung von Großkonzernen zu erhöhen, die Banken unter die Kontrolle der Gesellschaft zu stellen, ein Moratorium auf die Schuldenzahlungen zu erklären, bis die griechische Gesellschaft wieder auf die Beine gekommen wäre, sowie die Lohnkürzungen und Sondersteuern abzuschaffen. Diese Forderungen wurden von den austeritätstragenden Parteien als „populistisch“ und unrealistisch, sogar als undenkbar stigmatisiert – als eine Politik, die das Land mit Sicherheit aus der Eurozone, wenn nicht sogar aus der EU ausschließen und in der Folge in eine wirtschaftliche und soziale Hölle verwandeln würde.

In jedem Fall wurden die überraschenden Wahlerfolge von SYRIZA und die Nötigung, radikal dagegen aufzutreten, von den Mainstream-Medien und den drei Parteien, die die nach den Wahlen von Juni 2012 gebildete Regierung unterstützten (ND, PASOK und die gemäßigt linke DIMAR), mit Verweis auf SYRIZAs *populistische* Botschaft erklärt – eine Botschaft, die gleichermaßen gefährlich wie verführerisch sei. Wenn wir nun von der Ebene des politischen Antagonismus und des Mediendiskurses zur Ebene einer theoretisch informierten Politologie übergehen, wie können wir dann SYRIZAs Diskurs einordnen? Wenn wir die obigen Kriterien verwenden, können wir dann die Charakterisierung als populistisch akzeptieren? Dabei werden unsere leitenden Fragen lauten: Ist der seinerzeit von SYRIZA und Alexis Tsipras artikulierte Diskurs ein populistischer Diskurs? Erfüllt er die beiden Kriterien der Essex-School-Perspektive, nämlich einen zentralen Bezug auf „das Volk“ und eine äquivalenzielle, antagonistische diskursive Logik?

4.2 Bezüge auf „das Volk“ in SYRIZAs Diskurs

Die beispiellose wirtschaftliche, soziale und politische Krise in Griechenland hatte einen doppelten Prozess in Gang gebracht, der SYRIZAs Diskurs und Wählerschaft vor der Krise verwandelte. Einerseits führten wachsende Armut, Frustration und Wut breite Teile der Wählerschaft dazu, sich mit ihren früheren Parteipräferenzen zu desidentifizieren. Andererseits wurde klar, als SYRIZA die Möglichkeit erkannte, die Mehrheit dieser Subjekte und Gruppen (wenigstens die mit einer mehr oder weniger egalitären Einstellung) zu repräsentieren, dass nur ein einziger Signifikant aus dem semiotischen Reservoir der europäischen politischen Moderne und der griechischen Geschichte ein solches Repräsentationsverhältnis begründen und entsprechende Anschlüsse herstellen könnte: der Signifikant „das Volk“ (*λαός*). Was es SYRIZA ermöglichte, sich aus einer marginalen Koalition linker Gruppen in eine Partei mit der Chance, zur Macht zu kommen, zu verwandeln, scheint genau die Aneignung dieser Repräsentationsaufgabe zu sein. In der Tat scheint ein neuer Typ von Repräsentation entscheidend in SYRIZAs Botschaft gewesen zu sein – ein Schlüsselthema, das sich in unseren Interviews mit Aktivist_innen und Politiker_innen von SYRIZA herauschälte.¹

Es gibt eine Menge Belege für diese Hypothese. Zunächst kann man vielleicht von einer bloßen Aufzählung von Bezügen auf „das Volk“ im Parteidiskurs ausgehen. Eine einleuchtende Illustration für SYRIZAs „Wendung zum Volk“ lässt sich im Diskurs ihrer führenden Figur beobachten. Während Tsipras in Wahlkampfreden von 2009 sich nur selten auf „das Volk“ bezog, bietet sich in den beiden Wahlkämpfen von 2012 (Mai und Juni) ein völlig anderes Bild. Wenn man zum Beispiel die Rede von Tsipras auf der zentralen Kundgebung von SYRIZA in Athen (auf dem Kotzia-Platz) am 29. September 2009 untersucht, so findet man dort nur fünf Erwähnungen des Volksbegriffs. In scharfem Kontrast dazu gibt es in seiner Rede auf der zentralen Kundgebung am 14. Juni 2012 auf dem Athener Omonia-Platz, also nur drei Jahre später, nicht weniger als 50 solcher Bezüge.

Schauen wir uns im Detail an, wie der Signifikant „das Volk“ in Tsipras' Diskurs funktioniert. In einigen seiner originellsten populistischen Momente weist Tsipras einen virtuell selbstauslöschenden Gestus auf, indem er SYRIZA als nahezu neutralen Multiplikator einer Volksmacht hypostasiert: Das Votum des Volkes für SYRIZA sei ein Votum, das dieses Volk selbst stärke, was zu einer Art Spiegel-Dialektik zwischen beiden führt:

Unser Volk wird durch seine Wahl von SYRIZA-USF den Weg zu einem großen historischen Wechsel eröffnen. [...] Am Sonntag geht es nicht bloß um eine simple Konfrontati-

1 Insgesamt wurden zehn semistrukturierte Interviews durch Alexandros Kioupiolis und Giorgos Katsambekis im Rahmen des Forschungsprojekts POPULISMUS in Athen (30.9.–2.10.2014 und 15.–18.12.2014) durchgeführt.

on zwischen SYRIZA-USF und dem politischen Establishment des Memorandums. [...] Es geht um eine Begegnung des Volkes mit seinem Leben, eine Begegnung des Volkes mit seinem Schicksal. [...] Zwischen dem Griechenland der Oligarchie und dem Griechenland der Demokratie. [...] Das Volk kommt mit SYRIZA-USF zusammen.

In seiner Rede gibt Tsipras im Endeffekt der Formulierung des Wahlprogramms der Partei vom Mai 2012 ein Echo: „Jetzt wählt das Volk! Jetzt ergreift das Volk die Macht!“ Es ist auch erwähnenswert, dass Tsipras in einer anderen Rede sogar Erinnerungen an die populistischen 1970- und 1980er Jahre weckte, indem er im Namen der „Nicht-Privilegierten“ (*μη-προνομιούχοι*) sprach und dadurch einen hoch aufgeladenen Signifikanten reaktualisierte. In Andreas Papandreous Diskurs – während der frühen linkspopulistischen Hegemonie der PASOK (1981–1989) – war gerade dieser Name die zentrale Synekdoche für „das Volk“.

So ist also bereits klar geworden, dass der Signifikant „das Volk“ in solchen Formulierungen im Diskurs von Tsipras und SYRIZA nicht als farbloses Klischee, als neutraler Hinweis auf die Verfassungsbasis und das legitimatorische Ideal der Demokratie verwendet wird, sondern die Rolle eines zentralen Verweises, eines *Knotenpunkts* erfüllt, der den Diskurs vom Anfang bis zum Ende überdeterminiert, so dass das erste Definitionskriterium erfüllt wird.

4.3 Antagonismus und Äquivalenzlogik

Wenn also einerseits im Kontext der Krise „das Volk“ als Knotenpunkt hervorsteht, worin liegt dann andererseits die diskursive Logik, die den Diskurs von SYRIZA dominiert? Wir haben bereits gesehen, wie nach den Annahmen der Essex School der Populismus das soziale Feld typischerweise in dichotomischer Weise aufspaltet. Daraus ergibt sich eine klare Forschungsfrage: Handelt es sich beim Diskurs von Tsipras und SYRIZA um einen antagonistischen Diskurs nach einer Logik der Äquivalenz?

Eine erste aufschlussreiche Antwort ergibt sich aus SYRIZAs zentralem Slogan für die Wahlen vom Mai 2012: „Sie haben ohne uns entschieden – wir gehen ohne sie voran“. Dieser Slogan zielte – gemeinsam mit anderen ähnlichen – darauf, die Stimmung von Frustration und Wut im Volk gegen die harten Austeritätsmaßnahmen einzufangen. Dabei beanspruchte er gleichzeitig, auf einen alternativen Weg zu zeigen, gestützt auf der Hoffnung auf etwas Besseres, etwas „Neues“ und Anderes. Er funktionierte als ein diskursives Werkzeug, um „Äquivalenzketten“ zwischen heterogenen frustrierten Subjekten, Identitäten, Forderungen und Interessen dadurch zu schaffen, dass sie in gemeinsamer Opposition gegen einen gemeinsamen „Anderen“ stehen: einen „Feind des Volkes“, konkret also die „Pro-Austeritätskräfte“, das „Memorandum“, die „Troika“ usw. In diesem Diskurs wurden all diese Elemente eben-

falls in einer Äquivalenzlogik verbunden und als zwar verschiedene, aber zusammenhängende Teile des „Establishments“ dargestellt. Der Diskurs von SYRIZA teilte den sozialen Raum auf diese Weise in zwei polare Lager: „wir“ („das Volk“) gegen „sie“ (das „Establishment“, die „Elite“), die Außenseiter gegen die Macht, die Unterprivilegierten gegen die Elite, die „hier unten“ gegen die „da oben“.

Ein anderer Slogan aus SYRIZAs Maiwahl-Kampagne formulierte die gleiche politische Logik in noch eindeutigeren Termini: „Entweder wir oder sie: Gemeinsam können wir sie stürzen“. Auf diese Weise verwiesen solche Slogans, indem sie eine tiefe antagonistische Trennungslinie markierten, auf das demokratische Defizit in Griechenland, auf den Abgrund zwischen dem Volk, das angeblich entscheidet, und den tatsächlichen Entscheidern „ohne Volk“. Der Slogan „entweder wir oder sie“ bezeichnet damit die fundamentale Opposition zwischen zwei Identitäten, indem er die eine der beiden („sie“) als radikal antagonistisch gegen die andere („wir“) setzt.

Doch wer sind „sie“ und wer sind „wir“? Zunächst bestand der Feind in SYRIZAs Diskurs eindeutig aus jenen Kräften, die Griechenland in den Jahren zuvor beherrschten und die Austeritätspolitik umsetzten, die wiederum zu beispiellosen Graden an Rezession, Arbeitslosigkeit und Armut führten. In unserem Interview mit dem ehemaligen Sekretär von SYRIZA, Dimitris Vitsas, stellte sich als wichtigste Zielscheibe das „korrupte Dreieck“ heraus, bestehend aus der Verflechtung zwischen Großkonzern- sowie Bankeninteressen, Mediensystem und Parteiensystem (Interview mit Vitsas, 17.12.2014). Zwei Ebenen lassen sich hier beobachten: Auf einer *ersten Ebene* werden spezifische Kräfte innerhalb des Landes angegriffen (z.B. das alte Parteiensystem: ND, PASOK, DIMAR, LAOS); auf einer *zweiten Ebene*, einem fortschreitenden „Stellungskrieg“, wird eine breitere Konfrontation angesprochen, auf der sich der Gegner *Neoliberalismus* mit seinen Vorkämpfern befindet (die internationalen Finanzinstitutionen wie der IWF und die aktuelle Führung der EU). Beide Ebenen werden im Diskurs von SYRIZA durch verschiedene Operationen verbunden. Die auffallendste ist ein Wortspiel, das Tsipras häufig verwendete: „troika *exoterikou* – troika *esoterikou*“ (dt. äußere Troika – innere Troika), wodurch die Drei-Parteien-Koalition ND, PASOK, DIMAR im Endeffekt mit den Gläubigerinstitutionen EU, EZB und IWF gleichgesetzt wurde.

Und wer ist das „Wir“, das „Volk“, auf das sich SYRIZA beruft? Tsipras definiert SYRIZA als einen genügend großen „Spiegel“, in dem sich eine Vielzahl sozialer Sektoren, Wählerschaften und Subjektivitäten wiedererkennen kann, die zusammen das zu repräsentierende „Volk“ ausmachen:

SYRIZA ist das Gesicht einer angegriffenen Gesellschaft. Es ist der Arbeiter, und der Arbeiter im Streik. Es ist der Arbeitslose, der Arbeit fordert. Es ist der Rentner. Es ist der Einwanderer, der Licht und Würde fordert. [...] Es ist die junge Arbeiterin, die in zwei oder drei Teilzeitbeschäftigungen arbeitet. Es ist der 16-jährige, der sich erstickt fühlt. Es ist die Ärztin, die um das Leben ihrer Patienten kämpft, die Lehrerin, die Schulen und Universitäten am Leben zu halten versucht. Es ist die Jugend, die für Umwelt, Wasser

und Luft kämpft. Es ist jede Person mit besonderen Merkmalen, die das nicht als Behinderung sieht. SYRIZA sind wir alle, das Gesicht jeder unterdrückten Person im heutigen Griechenland. (Tsipras 2013)

Die in dieser Aufzählung genannten Subjekte bilden eine breite populäre Allianz, und zwar nicht auf der Basis eines gemeinsamen positiven Merkmals als einer Art präexistenter substanzieller Einheit, sondern auf der Basis *eines gemeinsamen Mangels, der sie sämtlich betrifft* (Laclau 2005a, S. 38). Es ist diese negative Gemeinsamkeit, die sie vereinen soll in einem Appell zur Überwindung der herrschenden Ordnung. Dieser flexible „Mangel“ kann mit einer Vielzahl verschiedener empirischer Situationen korrespondieren. Er kann verschiedene Bedeutungen annehmen, je nachdem, was die heterogenen individuellen und kollektiven Subjekte in den Jahren der Krise verloren haben, ob durch Lohn- oder Rentenkürzung, ob durch Arbeits- oder Versicherungslosigkeit o.Ä. Es ist ebenfalls klar, dass „das Volk“ dabei nicht in einer Weise angerufen wird, die Pluralität und soziale Vielfalt zugunsten einer homogenen „Einheit“ ausschließen würde. Es geht um einen gemeinsamen demokratischen Kampf, der die verschiedenen Subjekte vereint, indem er ihre Aktion auf eine gemeinsame Sache orientiert: den Sturz des Zweiparteiensystems und der Austeritätspolitik. In diesem Sinne handelt es sich um eine offene Äquivalenzkette, die die für Rechtspopulismen typischen Ausschlüsse vermeidet. Jede explizite oder implizite Beziehung auf ein widerständiges Imaginäres gegen die Troika mit nationalen oder nationalistischen Konnotationen ist durch eine antikoloniale bzw. antiimperialistische Logik überdeterminiert. Tatsächlich attackiert SYRIZA in der Resolution ihrer Gründungskonferenz als Partei die Verwandlung Griechenlands in eine „Schuldenkolonie“ und verpflichtet sich, diese Situation zu beenden (SYRIZA 2013, S. 1, 5; vgl. auch Kotzias 2016). In der Tat ist es entscheidend zu betonen, dass SYRIZA seit ihrer Gründung eine der entschiedensten Anwältinnen gleicher Rechte der Einwanderer_innen und deren vollen Inklusion in die griechische Gesellschaft gewesen ist. Gleiches gilt für Gendergleichheit und LGBT-Rechte; SYRIZA war die einzige Partei, die für die Ehe für Schwule und Lesben eintrat und verabschiedete direkt nach der Regierungsbildung 2015 ein Gesetz zur Legalisierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. Insofern könnte man SYRIZAs Populismus auch als „inklusiven Populismus“ nach Mudde und Rovira Kaltwasser (2013) bezeichnen.

SYRIZA ruft also ein (politisches) Subjekt an, das eng mit kollektiver Aktion und einem Projekt von Selbstemanzipation verknüpft ist, und zwar durch eine Verbindung auf der Basis von gemeinsamem Mangel/Frustration, die einem deutlich begrenzten, gleichermaßen äußeren wie inneren Feind zugeschrieben werden kann. Dabei handelt es sich um einen kreativen Prozess, der auf der Dichotomisierung des sozialen und politischen Raums beruht sowie auf der Dominanz des Signifikanten „das Volk“ als Eigenname dieser hervortretenden kollektiven Subjektivität. Beide Aspekte wurden durch unsere diskurstheoretische Analyse von Tsipras und SYRIZA

bestätigt und legen damit nahe, dass SYRIZAs Diskurs als populistisch einzuordnen ist.

5. Populismus gegen Antipopulismus

Ohne eine Berücksichtigung des breiteren Kontexts ist es allerdings unmöglich, die Ereignisse in Griechenland und die Auffälligkeit populistischer Diskurse, die im Kontext der europäischen Krise durch Bewegungen gegen die Austerität artikuliert und von SYRIZA aufgegriffen wurden, einzuordnen. Dieses Umfeld war nämlich durch das Aufkommen und die Konsolidierung einer diskursiven Grenze zwischen Populismus und Antipopulismus gekennzeichnet, die die Konstituierung beider Lager auf der Basis gegensätzlicher Krisennarrative sowie politischer Mythologien maßgeblich prägte. Anders gesagt: Der Sinnmangel, der aus den sozialen Dislokationen im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch sowie der Umsetzung der Rettungspakete entstand, machte die Bereitstellung von Projektionsflächen und Verständlichkeitsprinzipien erforderlich, die jeweils eine sinnergebende Einordnung der Krise ermöglichen, deren Ursachen erklären und potenzielle Lösungen skizzieren. Es überrascht nicht, dass die populistische Variante nicht die einzige im Angebot war.

Im Fall Griechenlands haben antipopulistische Diskurse aufgrund der vergleichsweise langen Dauer der Krise eine tiefe diskursive Spaltung geschaffen, die die griechische Gesellschaft durchzieht und internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Beispielsweise reservierte *Der Spiegel* im Juli 2012 einen prominenten Platz für Tsipras auf der Liste der „Zehn gefährlichsten Politiker Europas [...] die sich mit billigem Populismus innenpolitische Vorteile zu verschaffen versuchen“ (für weitere Beispiele vom *Guardian* bis hin zu *Financial Times* vgl. Stavrakakis/Katsambekis 2014, S. 120). Im nationalen Kontext wurde deutlich, dass die radikale Politisierung und der antagonistische Streit, der im populistischen Diskurs SYRIZAs inszeniert und performat wurde, eine erbitterte Gegenreaktion auslöste, die SYRIZAs Projekt als „populistisch“ im extremsten negativ geladenen Sinne des Begriffs denunzierte. Im Buch *Populismus, Anti-Populismus und Krise* haben Sevastakis und Stavrakakis diesen ausufernden antipopulistischen Diskurs bei etablierten Parteien und Medien in Griechenland ausführlich analysiert. Vom ehemaligen Ministerpräsidenten und ND-Vorsitzenden Samaras und dem ehemaligen Vizepremier und PASOK-Vorsitzenden Venizelos bis hin zu vielen Journalist_innen und Mainstream-Medien dominierte die Ansicht, dass der Populismus allgegenwärtig sei und wohl die größte Gefahr für Griechenland und Europa darstelle (Stavrakakis 2016, S. 119f.).

Im Diskurs der etablierten Parteien gegen den Neuherausforderer SYRIZA wurde die Liebe zum Land dem „Aufkommen von Extremisten und Populisten“ entgegengesetzt (Samaras 2013) und der Populismus dabei als „größter Feind Griechenlands“ (Hatzidakis 2011) ausgemacht. Frappierend ist dabei, dass diese polarisierte antipopulistische Darstellung auch dann im Vordergrund der Anti-SYRIZA-Rhetorik blieb, nachdem die Partei längst kapituliert und ein neues Memorandum mit der Troika akzeptiert hatte, womit wiederum ein falscher Kontinuitätseindruck auf die Politik SYRIZAs projiziert wurde. Im November 2015 denunzierte Ex-Premier Samaras den Populismus als „Krankheit“ (Samaras 2015); kein Wunder also, dass er bei seinem Glückwunsch an seinen Nachfolger an der Parteispitze betonte, dass die ND geschlossen bleiben müsse, um „alle Griechen anzusprechen und den Kampf gegen den Populismus endgültig zu gewinnen“ (Samaras 2016). Dies war aber vom neuen Parteichef sowie inzwischen amtierenden Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis in dessen Antrittsrede bereits untermauert worden: „Wir haben ein Ziel. Nea Demokratia muss alle Kräfte in diesem Land gegen den Populismus einer inkompetenten Regierung zum Ausdruck bringen“ (Mitsotakis in *Ta Nea* 2016). Im Jahre 2018 erklärte er als Oppositionsführer, „wir können die Populisten schlagen und das werden wir in den nächsten Wahlen auch tun“ (Mitsotakis in *Troupis* 2018); auch nach seinem Wahlsieg im Juli 2019 kommt er immer wieder auf diesen Kampf zu sprechen, nicht zuletzt in seinem Beitrag in der Beilage „Our World“ der in Brüssel erscheinenden Zeitung *New Europe*, in der er folgendermaßen vorgestellt wurde: „one of the few heads of state globally that managed to overcome the wave of populism that has swept the planet“ (Mitsotakis 2020).

Diese extrem antipopulistische Rhetorik beschränkte sich nicht auf den parteipolitischen Antagonismus, sondern kennzeichnete auch das Feld der Medien. Mit qualitativen und lexikometrischen Methoden untersuchten wir mehrere Korpora auf der Grundlage von 17.363 zugänglichen Artikeln, die in den griechischen Printmedien vom 1. Juni 2014 bis 31. Mai 2015 erschienen waren (Nikisianis et al. 2016). Aus dieser Analyse ging eine klare Spaltung zwischen „anti-populistischen“ und „populistischen“ Medien hervor. Ebenfalls feststellen ließ sich die Polarisierung im pro-populistischen Diskurs, aber auch die Verteufelung des „Populismus“ (und der als populistisch denunzierten politischen Kräfte, vor allem SYRIZA) in der antipopulistischen Presse. Zu den Adjektiven, die häufig in diesem Lager im Zusammenhang mit dem Populismus in Erscheinung traten, gehörten etwa: extrem, vulgär, gefährlich, billig, fanatisch, klientelistisch, katastrophal, unerträglich, unverantwortlich, grausam, total, skrupellos, etc. In ähnlicher Weise stammten viele Metapher, die in Aussagen über den Populismus zur Verwendung kamen, aus medizinischen Diskursen und brachten das Phänomen mit Krankheiten in Verbindung, sei es körperlicher (Kontaminierung, Pest, Gangrän, Krebs, etc.) oder seelischer Natur (Wahnsinn, Schizophrenie, Irrationalität, etc.). Eine weitere prominente Kategorie der verwend-

ten Metapher stammte aus den Naturwissenschaften, insbesondere der Meteorologie (Tsunami, Sturm, etc.) und der Zoologie, sei es der realen (Parasit, Wolf, etc.) oder der imaginären Variante (Bestie, Monster, etc.).

Dieser Diskurs war bei weitem nicht auf randständige Journalist_innen und Medien beschränkt, sondern bildete einen zentralen Bestandteil des Repertoires von Mainstream-Medien und Promi-Journalist_innen. Beispielhaft hierfür ist der Fall von Alexis Papachelas, der vom Nachrichtenportal *Politico* (2015) als einer von „twenty-eight people from twenty-eight countries who are shaping, shaking and stirring Europe“ ausgewählt wurde. Als Chefredakteur und führender Kolumnist der Mitte-Rechts-Tageszeitung *Kathimerini* hat Papachelas in den letzten Jahren zahlreiche Artikel zum Populismus veröffentlicht, die allesamt die Metapher der „Bestie“ verwenden. Bereits ab 2010 sprach er von der „Bestie des Populismus“, auf die er dann 2014 alles zurückführte, was im postautoritären Griechenland schiefgelaufen sei, und stellte eine weitere Spielart populistischer Kontinuität fest: „Alles, was uns erzürnt, hat eine Erklärung und ist kein vorübergehendes Produkt, da es mehrere Jahrzehnte dauerte, bis die hungrige Bestie des Populismus ihre hässliche Fratze zeigte“ (Papachelas 2014). Das Repertoire der Monstrosität fütterte diesen antipopulistischen Diskurs bis tief ins Jahr 2015 hinein, als nicht weniger als sieben Artikel mit dieser Metapher veröffentlicht wurden (18.3.2015, 12.7.2015, 14.7.2015, 23.7.2015, 9.8.2015, 16.8.2015, 8.11.2015).

Was uns an der Stelle nicht entgehen darf, ist die Tatsache, dass der Antipopulismus genauso wie der Populismus auf dem Boden der Krise floriert, indem er diese in ganz anderer Art und Weise konstruiert und deren Ursachen auf den Populismus selbst zurückführt: im griechischen Kontext etwa auf die Dominanz einer populistischen Kultur während der *metapolitefsi*, also der postautoritären Ära nach 1974, die die Demokratie korrumpiert und exzessive demokratische Rechte zugelassen habe (Sevastakis 2012, S. 10f., 15). Diese Kontinuität wird im antipopulistischen Diskurs in verschiedenen Varianten ausgemacht: von der linkspopulistischen PASOK der 1970er und 80er Jahre zur früheren SYRIZA (in der Opposition) und dann zur späteren SYRIZA (an der Regierung, auch nach der Annahme eines neuen Memorandums), ungeachtet der vielen Unterschiede zwischen diesen Perioden. Im Allgemeinen wird deutlich, dass wenn es um die Sinnzuschreibung und die Darstellung tiefgreifender ökonomischer und gesellschaftlicher Dislokationen geht, unterschiedliche Akteure auch gegensätzliche Narrative artikulieren, die jeweils verschiedenen Kräften die Schuld zuweisen und alternative Lösungen vorschlagen. Wenn sich die Krise bis hin zur Demontage des etablierten Institutionenkonsenses und der Legitimität demokratischer Repräsentation zuspitzt, ist es durchaus wahrscheinlich, dass gegensätzliche Demokratievorstellungen aufeinandertreffen: ein elitärer *gouvernement de Raison* gegen eine radikal-partizipative (Sevastakis 2012, S. 29). Im daraus resultierenden diskursiven Kampf zwischen Populismus und Antipopulismus setzen beide

Seiten in performativer Ausdrucksweise Vereinfachungen sowie Verteufelungen des Gegners ein.

6. Vom Populismus in der Opposition zu einem Populismus an der Regierung

6.1 Eine unerwartete Widerstandsfähigkeit von SYRIZAs Populismus?

Es scheint, als ob nur wenige wirklich geglaubt hätten, dass SYRIZA nach der siegreichen Wahl im Januar 2015 zu ihrer Verpflichtung stehen würde, der populären Forderung nach einem Ende der Lawine der Austerität Ausdruck zu verleihen. So etwas mag für eine Wahlkampfversammlung in Athen taugen, aber für ein Treffen der Eurogruppe in Brüssel völlig fehl am Platz sein. Dabei geht es um die Kollision zweier verschiedener Logiken: der politischen Logik demokratischer Repräsentation und der ökonomischen Logik eines neoliberalen „business as usual“, das die Austeritätspolitik anscheinend höher wertet als die Demokratie und auch nur das kleinste Eingeständnis des Scheiterns der eingeschlagenen Politik aktiv ausschließt. Von den ersten Tagen als Premier machte Tsipras allerdings klar, dass die Treue zum Vertrag zwischen SYRIZA und dem griechischen Volk seine erste Priorität bleiben würde. Er war daher verpflichtet, den Schweigekode der Eurozone zu brechen: „Diese Regierung kann nur die Stimme des Volks sein“, erklärte er im Parlament. Finanzminister Yanis Varoufakis fügte hinzu: „Es ist an der Zeit, dass alles, was bisher nur bei ausgeschalteten Mikrofonen geäußert wurde, offen in öffentlicher europäischer Debatte gesagt wird.“ Kein Wunder, dass diese Position zunächst mit Überraschung und dann mit Wut der führenden europäischen Kreise beantwortet wurde. In der Folge gerieten die Verhandlungen zwischen Griechenland und der Eurozone über den weiteren Verlauf sehr bald ins Stocken, womit alle Ergebnisse und Szenarien (von den harmlosesten bis zu den katastrophalsten) offenblieben.

In jedem Fall zeitigte die in den ersten Wochen nach den Wahlen vom Januar 2015 eingenommene Position deutliche Effekte auf der Ebene populärer Identifikation mit SYRIZA und Tsipras. Während sie zuvor unfähig waren zu sprechen und gehört zu werden, stellten die Griech_innen plötzlich fest, dass sie eine Stimme haben und dass die Stimme sogar in Brüssel zu hören war. „Tsipras‘ Strategie gibt den Griechen eine Stimme“ konnte man als Titel eines Artikels auf der Website der Deutschen Welle lesen. Der Artikel umfasste ein Interview mit einer arbeitslosen Frau, aus dem deutlich wird, wie SYRIZAs Strategie nach der Wahl das populistische Band demokratischer Repräsentation verstärkte:

Vaso Vouvani, a quiet and determined middle-aged mother, had long wanted a leader who stood up for the interests of Greeks, „not bankers, Eurocrats or German politicians.“ [...] „We have lost our money and our dignity these last five years. We can't let leaders in

Brussels and Berlin continue to hit us with austerity. It's not working!“ [...] So she's been relieved and heartened to see 40-year-old Prime Minister Alexis Tsipras, whose leftist, anti-austerity party Syriza came to power two weeks ago, stand up to everyone from eu-rozone finance chief Jeroen Dijsselbloem to Greek oligarchs evading taxes. „I hope he fights them all“, she said. „I will be really disappointed if he backs down. I don't want to see another Greek politician lower his head to people who treat us like we're nothing.“ (Kakissis 2015)

Aber wir wissen alle, was folgte. Offensichtlich ist das Experiment SYRIZA mit dem Versuch gescheitert, Griechenland von der neoliberalen Austerität zu „befreien“ und dadurch einen Wandel in Europa auszulösen. Die dramatische Verhandlung zwischen der SYRIZA-geführten Regierung und den internationalen Institutionen endete in einer Sackgasse und einem Referendum am 5. Juli 2015, welches den neuen Austeritätsvorschlag der Troika zur Abstimmung stellte und mit dem überwältigenden Sieg des OXI- bzw. des Nein-Lagers von 61,31% resultierte. Trotzdem wurde der Druck auf die griechische Regierung bis zur Annahme eines neuen Austeritätsmemorandums erheblich erhöht. Wie lässt sich das begreifen, was viele Kommentatoren SYRIZAs „Kapitulation“ genannt haben? Oder sogar SYRIZAs „Verrat“? Welche Folgen hatte das für die Entwicklung des populistischen Bandes zwischen SYRIZA und seiner Wählerbasis?

Zunächst ist es wichtig zu begreifen, dass das OXI im Referendum als solches ein erstaunliches Ereignis darstellte, weil es gegen alle Mainstream-Medien, unter aufgezwungenen Kapitalkontrollen und Umständen extremer Spannung und Unsicherheit, bei geschlossenen Banken und drohenden Medikamentensperren, zustande kam. Es stellt als solches bereits simple Modelle des ökonomischen Wahlverhaltens infrage. Gleichzeitig sollte sein „heroischer“ Charakter seine formale Struktur nicht unbemerkt lassen. Das OXI war ein leerer Signifikant *par excellence* im Sinne Laclaus: Es verkörperte eine primär negative Geste machiavellischen Typs, indem es allein einen Wunsch darstellte, „nicht länger beherrscht zu werden“ in der brutalen, oft *undemokratischen* und *unwürdigen* Art, wie sie in der gesamten griechischen Krise erfahren wurde. Es bedeutete in seinem Wesen einen radikalisierten und politisierten Bartleby-Moment: „Lass mich in Ruhe!“, „Genug ist genug!“, „Schluss mit Austerität!“, „Schluss mit von außen angeordneten Maßnahmen!“ – *I really prefer not to...* Es umfasste jedoch keinerlei positiven Hinweis auf einen Weg nach vorn in Form konkreter Policy-Richtungen (etwa was das Währungsproblem betraf). Darin lag die Herausforderung, die negative Geste in einen positiven Handlungsverlauf zu verwandeln; genau an diesem Punkt gab es offensichtlich eine Art Kurzschluss, dessen ganze Tragweite bei den Wahlen 2019 zu spüren war, als SYRIZA 31,53% der Stimmen erlangte und Nea Demokratia mit 39,85% eine absolute Mehrheit im neuen Parlament erzielte. Die weiterbestehenden Vorwürfe der Opposition, die Denunziationen von SYRIZAs Populismus und die Wiederherstellung einer an die 1980er Jahre erinnernden Polarisierung erweckten für viele den Eindruck einer „Kontinui-

tät“ zwischen dem Oppositionskurs und der Regierungsarbeit SYRIZAs. Insgesamt trug die Erschaffung einer (an die 1980er Jahre erinnernden) antirechten Front dazu bei, dass SYRIZA einen hohen Stimmenanteil halten konnte, verwies aber auch auf die praktischen Grenzen von SYRIZAs Strategie. Es gibt keine Zweifel, dass das Experiment SYRIZA sehr große Frustrationen und wenige kleine Fortschritte zur Folge hatte – eine Kombination, die eine Wiederwahl 2019 unwahrscheinlich machte.

6.2 Einige Grenzen von SYRIZAs Populismus

In dieser Hinsicht ist es entscheidend, einen gewissen Widerwillen des Volkes selbst zu erklären – desselben Volkes, das für das OXI gestimmt hatte – einen Widerwillen, die Bedeutung dieser zunächst negativen Geste auf radikale Weise in eine positive Richtung zu kehren, etwa eine, die den Ausschluss aus der Eurozone und die „Exkommunizierung“ aus der sogenannten europäischen Familie riskiert hätte. Was also, wenn beide Seiten sich über die Ambivalenz des Mandats klar gewesen wären, das ihre Beziehung bestimmte: „Bleib in der Eurozone, aber ohne Austerität“? Was also, wenn SYRIZAs Widerwillen, einen Euroausstieg zu riskieren, bloß das Spiegelbild des gleichen Widerwillens im Volk, mindestens eines erheblichen Teils der OXI-Wähler_innen selbst, gewesen wäre?

Offensichtlich gibt es viele Gründe, die die Unfähigkeit erklären, aus dem extrem zwanghaften Rahmen der europäischen und internationalen Institutionen auszubrechen. Die sichtbarsten umfassen die Probleme, eine Währung zu verlassen und eine neue anzunehmen, ebenso wie mit einem rechtlichen und institutionellen Rahmen wie der Eurozone und der EU zu brechen, der alle Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Griechenland und anderen europäischen Ländern durchdringt. Es ist klar, dass die Lage zumindest auf kurze Sicht außer Kontrolle geraten wäre oder sogar ins Chaos hätte führen können. Im Übrigen schien weder SYRIZA noch irgendeine andere politische Kraft in Griechenland – einschließlich jener Kräfte, die aus SYRIZA austraten und die linke Anti-Euro-Partei *Laiki Enotita* (dt. Volkseinheit) gründeten – einen umfassenden Plan vorbereitet zu haben, um eine solche Option in den Augen der Bürger_innen attraktiv und glaubwürdig zu machen. Hinzu kommt, dass eine Destabilisierung der Beziehungen zwischen Griechenland und der EU weitreichende Konsequenzen für viele weitere Politikfelder gehabt hätte, einschließlich der Außenpolitik, was in einer strategischen Region wie jener, in der sich Griechenland befindet, besonders wichtig ist.

Und doch reichen solche pragmatischen Überlegungen nicht aus, um das Geheimnis zu erklären. Was wenn das populistische Projekt es einfach versäumt hätte, strategische Dimensionen der vorgängigen hegemonialen Ordnung einzubeziehen? Auf

der Basis von Bob Jessops kritisch-realistischer Analyse von Krisensituationen ließe sich sagen, dass eine operative Lösung mit hegemonialem Anspruch entweder direkt die Koordinaten der Umwelt selber (also der Eurozone) verschieben oder die Bindung der Menschen an diese Umwelt ändern müsste, um sie dazu zu ermächtigen, sich ein alternatives Leben vorzustellen und sich vor allem selbst als außerhalb des zwanghaften Rahmens vorzustellen, der dadurch schließlich seinen Einfluss auf die Subjekte verlieren könnte. In Jessops (2015, S. 255) Worten:

In many cases what is ‚correct‘ organically and chronologically (being first to resonate and/or to impose agreed reading [of a crisis]) matters more in selection than ‚scientific truth‘. Indeed, a ‚correct‘ reading creates its own ‚truth-effects‘ and may then be retained through its capacity to shape reality.

Es scheint so, als ob es SYRIZA nicht nur nicht geschafft hat, die Funktionsweise der Eurozone zu beeinflussen oder gar zu ändern (was auch nicht anders zu erwarten war); sie scheiterte auch dabei, eine glaubwürdige, alternative Lesart der Krise vorzuschlagen, wodurch eine neue Beziehung von Repräsentation hätte in Gang kommen können – in Jessops Begriffen durch Wahrheitseffekte –, mit neuen Typen von Subjektivität und Sozialität, die ein Leben außerhalb der Eurozone oder sogar außerhalb der existierenden EU hätten vorstellbar machen können für den Fall scheitern-der Verhandlungen. In diesem Sinne hat SYRIZAs Scheitern weniger mit einem „Verrat“ ihres Mandats zu tun als mit der Unfähigkeit, dieses Mandat umzugestalten. Schließlich scheint SYRIZA für dieses Scheitern erst nach einer Verzögerung bestraft worden zu sein – vier Jahre nach dem turbulenten 2015, als sich die Wähler_innen endlich sicher genug fühlten, um ihre Frustration gegenüber einem „Verrat“ dessen, was sie wahrscheinlich selber nicht gänzlich hätten gutheißen wollen, zum Ausdruck zu bringen.

Außerdem war SYRIZAs Wahlkampf 2019 primär auf die Vergangenheit fokussiert: nämlich auf die Abwendung eines wirtschaftlichen Desasters, die Stabilisierung der Volkswirtschaft, die graduelle Senkung der Arbeitslosigkeit, die vorsichtige Unterstützung des öffentlichen Sektors und die Einführung einiger neuer sozialpolitischer Maßnahmen und Rechte im Zeitraum 2015–2019. Allerdings hatten viele Wähler_innen das Gefühl, dass das alles zu wenig oder auch primär an partikulare Segmente der Bevölkerung (z.B. die sehr armen und ausgegrenzten, die LGBT-Gemeinschaft, Zuwanderer_innen, etc.) adressiert sei, mit denen sie keine substanzielle Solidarität spüren konnten; andere dürften sich gedacht haben, dass sie die Errungenschaften der vergangenen Amtszeit für sicher halten können und auf der Grundlage der unterschiedlichen Zukunftsvisionen der Parteien entscheiden sollten. Und hier scheinen sie ihr Vertrauen in einen Bewerber (Mitsotakis und Nea Demokratia) investiert zu haben, der einen umfassenderen und enthusiastischen Rahmen dessen, was beide große Parteien letztlich akzeptiert hatten, zu bieten hatte. Wenn die andere Option (SYRIZA) auf eine widerwillige Umsetzung neoliberaler Reformen mit

„menschlichem Antlitz“ sowie einigen aber oft unzureichenden sozialpolitischen Ergänzungen hinauslief, wirkte ein waschecht neoliberales Projekt ansprechender, das eine Marktutopie versprach, auf einen traditionellen mediterranen Individualismus setzte und durch eine stark neo-nationalistische Rhetorik der *securitization* euphemisiert wurde. Schließlich war nun die Rechte aufgefordert, eine Linke zu ersetzen, die als „zu wenig, zu spät“ empfunden wurde.

7. Fazit: Zu den Grenzen des Populismus an der Regierung

SYRIZAs Weg von der Opposition zur Macht (2015) und zurück (2019) bietet eine exemplarische Möglichkeit, den (Links-)Populismus in großem Detail zu untersuchen. Aus diesem und weiteren Fallbeispielen (etwa aus Lateinamerika) können wir nämlich folgern, dass eine populistische diskursive Praxis durchaus greifbare Bindungen zwischen diversen und zunächst getrennten sozialen Forderungen schaffen und damit die notwendige strategische Zusammenführung um ein Volkssubjekt herbeiführen kann, um gesellschaftliche und politische Veränderungen „im Namen des Volkes“ durchsetzen zu können. An dieser Stelle kann die diskurstheoretische Perspektive der Essex School auch ihren analytischen Wert darlegen, indem sie entsprechende konzeptuelle Instrumente zur Erfassung dieser dynamischen Choreographie beisteuert. Nun ist es klar, dass ein solches populistisches Projekt oft Wahlen gewinnen kann. Reicht aber ein populistischer Diskursrahmen aus, um eine produktive wie ermächtigende Amtszeit zu sichern?

Die Erfahrung SYRIZAs zeigt, dass populistische Projekte natürlich keine Allheilmittel darstellen, auch wenn sie genuine politische Beschwerdelagen vor dem Hintergrund des Scheiterns institutioneller Kräfte an der praktischen Umsetzung des Versprechens der Volkssouveränität repräsentieren. In der Tat lässt sich auf eine Reihe von Begrenzungen des Populismus an der Macht verweisen, die auf SYRIZA sowie andere linkspopulistische Projekte zutreffen:

- Auch dann, wenn eine populistische Strategie Wahlerfolge verzeichnet (wie im Fall SYRIZAs), ist die (kontinuierliche) Hegemonie der dahinterstehenden politischen Akteure keineswegs garantiert. Eine tiefe und längerfristige – natürlich auf keinen Fall ewige – Hegemonie erfordert nämlich weitere Instrumente und Ressourcen: Hierzu gehören technische Expertise, ein kreativer Geist in Bezug auf institutionelle Gestaltung (der wie eben gesehen nicht von vornherein gegeben ist, weil, wie Machiavelli vor langer Zeit hingewiesen hat, das primäre populäre Begehren negativ definiert ist, d.h. zur Beseitigung der Unterdrückung) und eine hohe politische Sorgfalt im Zusammenhang mit einem starken demokratischen Ethos, um antipopulistische Hindernisse zu überwinden, ohne das Ziel populärer Ermächtigung aufzuopfern. Der populistische Voluntarismus reicht nie-

mals aus. Aus verschiedenen Gründen (mangelnde Erfahrung, mangelnde Vorbereitung, ambivalente Strategie, schwache europäische Bündnisse, institutionelle und mediale Feindseligkeit im Lande und international, etc.) schaffte es SYRIZA nicht, eine solche Hegemonie aufzubauen, um ihr Mandat zu erneuern. Ihre Errungenschaften (wirtschaftliche Stabilisierung, klare aber bescheidene Fortschritte in Sachen Grundrechte, Abkommen mit Nordmazedonien, etc.) waren zu bescheiden, um ein Mandat für eine weitere Amtszeit zu erlangen und ließ offenbar auch eine ansprechende Zukunftsvision vermissen. Daher der Sieg des Antipopulismus bei den Wahlen 2019.

- In der Tat erweisen sich populistische Projekte trotz ihrer radikalen Rhetorik in vielen Fällen als unfähig, eine genuine demokratische Erneuerung voranzutreiben. Stattdessen werden sie allmählich vom sogenannten „demokratischen Elitismus“ vereinnahmt, bleiben im Spannungsfeld der Repräsentation stecken und schaffen es nicht, für mehr Demokratisierung zu sorgen. Sie fungieren als Kanäle für die Abreaktion bzw. Erleichterung populärer Unzufriedenheit, ohne allerdings populäres Selbstregieren voranzubringen. Angesichts der starken Verankerung antipopulistischer Werte im politischen System oder auch mächtiger antipopulistischer Kräfte auf nationaler oder supranationaler Ebene schaffen sie es nicht, umfangreiche Prozesse kollektiver Emanzipation einzuleiten, was insbesondere die Demokratisierung des Parteien-, Rechts- und Mediensystems angeht. Trotz vieler (bescheidener) Errungenschaften war teilweise auch die SYRIZA-Regierung von solchen Begrenzungen betroffen, insbesondere in Bezug auf die systemischen Einschränkungen innerhalb der Eurozone und die krypto-koloniale Bindung vieler griechischer Bürger_innen an sogenannte europäische Werte und die Europäisierung.
- Auch dann, wenn es eine populistische Regierung schafft, viele ihrer Ziele zu erreichen, über mehrere Amtszeiten hinweg an der Macht zu bleiben, weitreichende Veränderungen zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage und zur politischen Einbeziehung populärer Segmente einzuführen und die Spirale der rückwärtigen sozialen Mobilität der krisengeschüttelten Mittelschichten (etwa in Argentinien und Venezuela) umzukehren, ergeben sich in der Folge zwei Begrenzungen: (a) Eine solche Regierung wird oft zum Opfer des eigenen Erfolgs, sprich die Befriedigung unerfüllter Forderungen und die Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung eines hohen populären Beteiligungsgrads aus der Regierung heraus führt zu einer Demobilisierung, die weitere Demokratisierung erschwert; (b) Populist_innen an der Macht scheitern sehr oft daran, auf die Produktionsweisen sowie psycho-sozialen Konsummuster einzuwirken, die die meisten sozialen Identitäten bedingen. In Venezuela beispielsweise wurde der soziale Wandel vom Einsatz der Einnahmen aus hohen Ölpreisen abhängig; als Letztere in den Strudel gerieten, schaffte es die Chavista-Bewegung nicht, reale Alternativen

anzubieten (vgl. González in diesem Band). In Argentinien schafften es die vielen Jahre heterodoxer populistischer Regierungen, den Status der abgestiegenen Mittelschichten von vor der Krise wiederherzustellen und jenen der unteren Schichten zu verbessern. Sobald sich diese Schichten wieder einigermaßen stabilisiert und gesichert fühlten, fingen sie aber an, auf alte Begehrens- und Konsummuster zurückzufallen (etwa in Bezug auf den freien internationalen Kapitalverkehr und die Sehnsucht nach importierten Gütern) und die Öffnung der fragilen argentinischen Volkswirtschaft für die Kräfte der neoliberalen Globalisierung gutzuheißen, was wiederum zu einer sehr tiefen Krise und einem erneuten Eingreifen des IWF führte. Mit anderen Worten: Trotz der vielen Fortschritte verfiel sich der zeitgenössische Linkspopulismus in einer „nostalgischen“ bzw. „mimetischen“ psycho-sozialen Überdeterminierung des Begehrens, das auf lange Sicht jenen politischen Kräften zugutekam, die für eine Rückkehr zur neoliberalen „Normalität“ standen (Präsident Macri). Wie der ehemalige uruguayische Präsident Pepe Mujica konstatiert: Obwohl linke Regierungen in Lateinamerika mit dem Armutproblem vergleichsweise erfolgreich umgingen, taten sie dies auf eine Art und Weise, die die Armen in Konsument_innen und nicht in Bürger_innen verwandelte (Bahiana 2019). Solche Defizite verweisen natürlich auf allgemeine Begrenzungen für linke Strategien im 21. Jahrhundert und für den Übergang zu postkapitalistischen Alternativen, was auch im griechischen Fall deutlich wird. Dabei kann ein Projekt der populären Ermächtigung den Konsum (jenseits des Konsumerismus) als weiteres Register, in dem die Gleichheit gelten muss, nicht vernachlässigen.

Die meisten dieser Begrenzungen gehen offenbar mit den speziellen Schwierigkeiten der Regierungsverantwortung und der Errichtung einer längerfristigen Hegemonie in heutigen Gesellschaften einher; aus den genannten Gründen ist es oft schwierig, ein populistisches radikales Imaginäres umzusetzen bzw. populistische Prioritäten mit einer Regierungslogik zu verbinden. Einige dieser Limitationen liegen an der Unfähigkeit populistischer Kräfte, mit einer bestehenden politischen Kultur oder einem bestehenden (die Identitäten von Produzenten und Konsumenten überdeterminierenden) sozioökonomischen Rahmen zu brechen. Anders gesagt scheinen sie nicht der diskursiven Logik des Populismus *per se* innezuwohnen. Solche Choreographien der Überdeterminierung, Außendeterminierung und Kooptierung können mehr oder weniger alle politischen Kräfte betreffen, die mit ähnlichen Herausforderungen in bestimmten historischen Kontexten konfrontiert sind. Daher stellt sich die Frage, ob die genannten Begrenzungen tatsächlich Limitationen populistischer Strategien oder generelle Selbstbeschränkungen der zeitgenössischen Linken darstellen. Andererseits darf uns nicht entgehen, dass SYRIZA bei den Wahlen 2019 geschafft hat, eine erhebliche Wählerbasis zu konsolidieren und für die absehbare Zukunft die Rolle der größten Oppositionspartei sowie die Führungsrolle im Prozess der Umorganisation

der Linken zu behaupten. Angesichts der Tatsache, dass der Linkspopulismus in anderen Kontexten erst totgesagt wurde (etwa in Argentinien) und dann nach einer de-saströsen Amtszeit der Rechten an die Macht zurückgekommen ist (2019), wird sich in Zukunft zeigen, wie sich der politische Antagonismus im heutigen Griechenland auf lange Sicht weiterentwickeln wird.

Literatur

- Agridopoulos*, Aristotelis, 2016: Die Rückkehr des A(nta)gonismus? Mouffes agonistisches Demokratiemodell und die politischen Umbrüche in Griechenland. In: Ders./ Papagiannopoulos, Ilias (Hrsg.): Griechenland im europäischen Kontext: Krise und Krisendiskurse, Wiesbaden, S. 275–295.
- Betz*, Hans-Georg, 1994: Radical Right-Wing Populism in Western Europe. New York.
- Canovan*, Margaret, 1999: Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy. In: Political Studies 47:1, S. 2–16.
- Crouch*, Colin, 2004: Post-democracy. Cambridge.
- Hatzidakis*, Kostis, 2011: Ο λαϊκισμός είναι ο μεγαλύτερος εχθρός της Ελλάδας. In: To Vima tis Kyriakis 24.12.2011. URL: <http://www.tovima.gr/politics/article/?aid=436273> (Letzter Zugriff am 17.5.2020).
- Jessop*, Bob, 2015: The Symptomatology of Crises, Reading Crises and Learning from Them: Some Critical Realist Reflections. In: Journal of Critical Realism 14:3, S. 238–271.
- Kakissis*, Joanna, 2015: Tsipras' Strategy Gives Greeks a Voice. In: Deutsche Welle 9.2.2015. URL: <http://www.dw.de/tsipras-strategy-gives-greeks-a-voice/a-18244014> (Letzter Zugriff am 17.5.2020).
- Kotzias*, Nikos (2015): Schuldenkolonie Griechenland: Die EU als Imperium und Deutschlands Primat. In: Agridopoulos, Aristotelis/Papagiannopoulos, Ilias (Hrsg.): Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse, Wiesbaden, S. 39–65.
- Laclau*, Ernesto, 1977: Politics and Ideology in Marxist Theory: Capitalism, Fascism, Populism. London.
- Ders.*, 1990: New Reflections on the Revolution of Our Time. London.
- Ders.*, 2002[1996]: Emanzipation und Differenz. Wien.
- Ders.*, 2003: Discourse and Jouissance: A reply to Glynos and Stavrakakis. In: Journal for Lacanian Studies 1:2, S. 278–285.
- Ders.*, 2004: Glimpsing the future: A reply. In: Critchley, Simon/Marchart, Oliver (Hrsg.): Laclau: A Critical Reader, London, S. 279–328.
- Ders.*, 2005a: On Populist Reason. London.
- Ders.*, 2005b: Populism: What's in a Name? In: Panizza, Francisco (Hrsg.): Populism and the Mirror of Democracy, London, S. 32–49.
- Mitsotakis*, Kyriakos, 2020: Sowing the Seeds of our Future. In: Our World 18.2.2020. URL: <https://www.ourworld.co/sowing-the-seeds-of-our-future/> (Letzter Zugriff am 17.5.2020).
- Moffitt*, Benjamin, 2015: How to perform crisis: A model for understanding the key role of crisis in contemporary populism. In: Government and Opposition 50:2, S. 189–217.

- Ders.*, 2016: *The Global Rise of Populism: Performance, Political Style, Representation*. Stanford.
- Mouffe*, Chantal, 2008[2000]: *Das demokratische Paradox*. Wien.
- Mudde*, Cas, 2007: *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge.
- Ders./Rovira Kaltwasser*, Cristóbal, 2013: Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America. In: *Government and Opposition* 48:2, S. 147–174.
- Nikisianis*, Nikos et al., 2016: Λαϊκισμός εναντίον αντιλαϊκισμού στον ελληνικό τύπο, 2014–2015. In: *Synchrona Themata* 132–133, S. 52–70.
- Papachelas*, Alexis, 2014: Falling prey to the beast of populism. In: *Kathimerini* 10.6.2014. URL: <http://www.ekathimerini.com/160654/article/ekathimerini/comment/falling-prey-to-the-beast-of-populism> (Letzter Zugriff am 17.5.2020).
- Pappas*, Takis, 2015: Populist Hegemony in Greece. In: *OpenDemocracy* 25.9.2015. URL: www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/takis-s-pappas/populist-hegemony-in-greece (Letzter Zugriff am 17.5.2020).
- Politico*, 2015: The Twenty-eight People from Twenty-eight Countries who are Shaping, Shaking and Stirring Europe. URL: <http://www.politico.eu/list/politico-28/> (Letzter Zugriff am 17.5.2020).
- Rancière*, Jacques, 2007: *The Hatred of Democracy*. London.
- Roberts*, Kenneth, 2015: Populism, political mobilizations, and crises of political representation. In: de la Torre, Carlos (Hrsg.): *The Promise and Perils of Populism*, Lexington, S. 140–158.
- Samaras*, Antonis, 2013: Samaras from Brussels against extremists and populists. In: *Prothema* 15.10.2013. URL: <http://www.prothema.gr/news-in-english/article/319690/samaras-from-brussels-against-extremists-and-populists/> (Letzter Zugriff am 17.5.2020).
- Ders.*, 2015: Populism is a disease that leads to disasters. In: *La Razón*, 2.11.2015. URL: <http://www.larazon.es/internacional/antonis-samaras-populism-is-a-disease-that-leads-to-disasters-FB11100005#Tt1UkBvuO6VTECe> (Letzter Zugriff am 17.5.2020).
- Ders.*, 2016: Σαμαράς: Η ΝΔ ενωμένη να κερδίσει τη μάχη κατά του λαϊκισμού. In: *Kathimerini* 11.1.2016. URL: <http://www.kathimerini.gr/845238/article/epikairothta/politikh/samarsa-h-nd-enwmenh-na-kerdisei-th-maxh-kata-toy-laikismoy> (Letzter Zugriff am 17.5.2020).
- Sevastakis*, Nikolas, 2012: „ΣΥΓΧΡΟΝΟΣ ΑΝΤΙΛΑΪΚΙΣΜΟΣ“ – Από την πολιτική παθολογία στο πολιτισμικό κακ. In: *Ders./Stavrakakis*, Yannis: *Λαϊκισμός, αντιλαϊκισμός και κρίση*, Athen, S. 9–41.
- Stavrakakis*, Yannis, 2007: *The Lacanian Left*. Albany.
- Ders.*, 2016: Die Rückkehr des „Volkes“. Populismus und Anti-Populismus im Schatten der europäischen Krise. In: *Agridopoulos*, Aristotelis/Papagiannopoulos, Ilias (Hrsg.): *Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse*, Wiesbaden, S. 109–137.
- Ders./Katsambekis*, Giorgos, 2014: Left-Wing Populism in the European Periphery: The Case of SYRIZA. In: *Journal of Political Ideologies* 19:2, S. 119–142.
- Sum*, Ngai-Ling/Jessop, Bob, 2013: *Towards a Cultural Political Economy*. Cheltenham.

- SYRIZA*, 2013: Πολιτική Απόφαση 1ου (Ιδρυτικού) Συνεδρίου. URL: <http://www.syriza.gr/article/id/32409/Politikh-Apofash-1oy-Idrytikoy-Synedrioy.html> (Letzter Zugriff am 17.5.2020).
- Taggart*, Paul, 2000: Populism. Buckingham.
- Troupis*, Yannis, 2018: Κυρ. Μητσοτάκης: Ο λαϊκισμός στην Ελλάδα θα νικηθεί στις επερχόμενες εκλογές. In: *liberal.gr* 3.11.2018. URL: liberal.gr/arthro/226714/politiki/2018/kur-mitsotakis-ta-psemmata-ton-laikiston-echoun-isonkonta-podiasin.html (Letzter Zugriff am 17.5.2020).
- Tsipras*, Alexis, 2012: Ομιλία του Προέδρου του ΣΥΡΙΖΑ-ΕΚΜ, Αλέξη Τσίπρα στην εκδήλωση: „Δημοκρατία, αλληλεγγύη, κοινωνική δικαιοσύνη. Η Αριστερά απαντά στη στρατηγική της έντασης“. URL: <http://www.syn.gr/gr/keimeno.php?id=30835> (Letzter Zugriff am 17.5.2020).
- Wodak*, Ruth, 2015: The Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean. London.